

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inderdeutschen Verkehr monatlich 1.80 Mk. = Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg Zweigst. Wildb. = Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. = Postkassentonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeitzeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerech. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. = Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auslieferung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. = Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. = In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 23

Februar 1924

Wildbad, Montag den 28. Januar 1924

Februar 1924

Jahrgang 59.

## Abbitte-Tag

In Amerika hat ein Auffag, der kürzlich in der New Yorker Zeitschrift „American Monthly“ erschien, großes Aufsehen erregt, und er verdient auch in Deutschland bekannt zu werden.

Die wichtige Frage der vielbesprochenen deutschen Kriegsschuld kann heute als erledigt betrachtet werden. Das gedruckte Material, das die Sache behandelt, liefert überwältigende Beweise, daß diese mythische Kriegsschuld einer der riesenhaftesten politischen Schwindel in der Geschichte ist. Wir wissen jetzt, daß die Kriegsschuld lediglich auf der Seite der Franzosen (Bonaparte) und der Russen (die Großfürsten und Zar Nikolaus) liegt, deren nur zu willige Gehilfen die Engländer (Cecil) waren.

Amerikaner, die heute noch nicht die kalten Tatsachen wissen, müssen als hoffnungslos boswillig oder unvorsichtig oder als beides betrachtet werden. Es würde zwecklos sein, sie auf die Bücher und Pamphlete zu verweisen, die von internationalen berühmten und völlig vertrauenswürdigen nichtdeutschen Autoren geschrieben worden sind, wie E. D. Morel (Die Geheimgeschichte eines großen Verrats), Hermann Harris Hall (Die neutrale Untersuchung der Ursache des Krieges), John Kenneth Larnet (Soll es nochmals sich ereignen?), dem amerikanischen Richter Bausman (Laßt Frankreich eine Erklärung abgeben), Francesco Ritti (Das zerstückte Europa; ein Akt moralischer Ehrlichkeit), Marshall Kelly (Caroline und der Krieg; Amerikanische Aufrichtigkeit im Kriege). — Genug — die Tatsache ist vorhanden, daß die falsche Regierung keine Verhöhnung einging, den Krieg zu beginnen.

Angeht diese Tatsache drängt sich die Frage auf, ob das amerikanische Volk in erster Linie nicht ehrenhalber verpflichtet ist, all die schrecklichen Schmähungen zurückzunehmen die es sowohl auf die Deutschen wie auf die Deutsch-Amerikaner während des Krieges geschickt hat aus dem alleinigen Grunde, weil es an die deutsche Kriegsschuld glaubte.

Das amerikanische Volk beansprucht, daß es mit einem höher entwickelten Sinn für Gerechtigkeit und Anständigkeit begabt sei als andere Völker, der es stets befehlig hat, ein Recht offener und ehrlicher zuzugeben, und das mit mehr Mannhaftigkeit als irgend ein anderes Volk. Nun denn — warum nicht offen herauskommen mit dem Eingeständnis, daß das amerikanische Volk auf das falsche Pferd gewettet hat, daß es von Wilson schmachvoll getäuscht wurde, daß es die deutsche Rasse drüben und in Amerika ohne jede Berechtigung beleidigt hat und daß es dieser Rasse eine Abbitte schuldig ist.

Wie könnte das geschehen?

Sicherlich wäre der einfachste und wirksamste Weg, wenn der Präsident im Kongress eine Sonderbotschaft verläse, in der er die oben angeführten Tatsachen feststellt und im Namen des amerikanischen Volkes sein Bedauern ausdrückt für die ungerechte Behandlung der Deutschen und der Deutsch-Amerikaner im besondern. Aber vielleicht wäre es noch eindrucksvoller, wenn die ganze Bevölkerung Gelegenheit erhielte, sich an einer öffentlichen Demonstration zu beteiligen, die am besten die Form eines „Abbitte-Tages“ erhielte. Diese sogenannten „Tage“ sind ja zu einer Art öffentlicher amerikanischer Einrichtung geworden, zu allen möglichen Zwecken. Wir haben einen „Unabhängigkeitstag“, „Muttertag“, „Feuertage“, „Baumplantagen“, „Tag“, usw. Also warum nicht einen „Abbitte-Tag“? An diesem Tage soll jeder Amerikaner, ob Mann oder Frau, die deutsche Kornblume im Knopfloch tragen als äußeres Zeichen ihrer veränderten Gefühle für Deutsche und Deutsch-Amerikaner. Außerdem sollten die Geistlichen und die Zeitungen, die während des Krieges besonders geschäftige Schürer des Hasses gegen alles Deutsche waren, Predigten halten oder Zeitartikel schreiben, worin sie ihre Verleumdungen zurücknehmen. Noch ausgesprochen in ihrer Abbitte sollten jene Amerikaner und Amerikanerinnen sein, die als sogenannte „hundertprozentige Patrioten“ ein Geschäft daraus machten, die „Hunnen“ hierzulande und in Deutschland zu beschimpfen. Sie könnten das am besten tun, indem sie am „Abbitte-Tag“ Briefe an die Zeitungen richteten, in denen sie die Ungeheuerlichkeit ihrer früheren deutschfeindlichen Haltung eingestehen.

In gleicher Weise sollte „Abbitte-Tag“ in den Schulen, Gymnasien und Universitäten angesetzt werden. Und ich bin fast sicher, daß die edle „American Legion“, der Verband der Kriegsteilnehmer, durch ihr Sprachrohr, den erleuchteten Kommandeur Dowsen, nur zu froh sein würde, an der allgemeinen Abbitte-Feier teilzunehmen.

Aber noch mehr als jede andere Person sollte der frühere Präsident Wilson diesen nationalen „Abbitte-Tag“ als die größte Gelegenheit betrachten, die höchsten Stellen von seinem Charakter abzuwaschen, die er infolge seines Verrats gegenüber Amerika und Deutschland mit den „14 Punkten“ erhalten hat. Er sollte eine öffentliche Erklärung abgeben, worin er alle die höflichen Dinge zurücknimmt, die er über Deutsche und Deutsch-Amerikaner gesagt hat und worin er seinen Irrtum auspricht, in den Krieg gegangen zu sein. Was für

## Tagespiegel

Die Streiklage im Ruhrgebiet und im angrenzenden Rheinland hat sich weiter verschärft. Gewalttätigkeiten sind in mehreren Städten wieder vorgekommen.

Die im vorigen Jahr unterbrochenen Verhandlungen mit Polen über verschiedene Streitpunkte in den entzweiten Reichsgebieten sollen Mitte Februar wieder aufgenommen werden.

Bei Mayen (Reg. B. Koblenz) ist der Sonderbündlerführer Schuch erschossen worden, der sich durch äußerste Gewalttätigkeiten besonders verhasst gemacht hatte. Die Täter sind spurlos entkommen. Die französische Besatzungsbehörde hat über Mayen und Umgebung die Verkehrssperre verhängt.

Blätter zufolge beabsichtigt der belgische Außenminister Jaspars das Ministerium aufzugeben und statt Delacroix die Vertretung Belgiens in der Entschädigungskommission zu übernehmen.

„Eine wahrhaft heldenhafte Tat das sein würde! Wie wahrhaft groß er dahinstehen würde für alle Zeit!“

Das Ergebnis der Feier eines solchen „Abbitte-Tages“ im ganzen Lande würde von ungeheurer Wichtigkeit sein. Denn erstens würde der letzte Heiler des abstoßenden „Lügen-Tempels“, den die Wälferten errichtet haben weggeschlagen werden, und der Tempel würde mit einem betäubenden Knack zusammenstürzen. — Zweitens würden die Franzosen der Gegenwart allgemeine Brachtung werden und gezwungen sein, ihre erbärmliche Politik der Unterdrückung und Beraubung gegenüber Deutschland aufzugeben. — Drittens würde das Tor zum wirklichen Frieden in Europa mit der Ungültigkeit des Vertrages von Versailles geöffnet werden.“

Diese amerikanische Aeußerung ist gewiß sehr bemerkenswert und verdient es, mit Genugtuung registriert zu werden, man wird aber nicht außer Acht lassen dürfen, daß es zunächst bei der noch immer herrschenden Einstellung eines doch wohl überwiegenden Teils der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gewissermaßen eine „Stimme in der Wüste“ ist.

## Der Nordpol als militärischer Stützpunkt

Es ist kein Geheimnis, daß mit dem Pariser Frieden zwar das goldene Zeitalter der allgemeinen Abrüstung anbrechen sollte, daß aber tatsächlich seitdem die stehenden Heere und andre Erscheinungen des Militarismus nur zugenommen haben. Eine neue Seite dieser Entwicklung besteht darin, daß selbst die Polargegenden in den Kreis der militärischen Interessen einbezogen werden. So ist es bekannt, daß die Brangelinsel aus strategischen Gründen von amerikanischen und kanadischen Expeditionen aufgesucht wird. Jetzt erfährt man aus einer Washingtoner Meldung der Times, daß auch die geplante Nordpolfahrt des Luftschiffs Shenandoah einen militärischen Hintergrund hat. Der Marineekretär Denby hat nämlich dem Kongressausschuß, der die Möglichkeiten dieser Fahrt zu prüfen hat, erklärt, daß die Hauptaufgabe der Reise darin bestehen solle, das nördliche Polargebiet für die Vereinigten Staaten mit Beschlag zu besetzen. Die Zeit werde kommen, fügte der Marineekretär hinzu, wo ein Teil dieser Gebiete als Stützpunkt für Flugzeuge gebraucht werde, und wenn die Vereinigten Staaten sich nicht daran machen, es auszuführen, so werde ihnen binnen Jahresfrist eine andre Macht vorzuziehen. Es sei eine bekannte Tatsache, daß es noch große unerforschte Gebiete am Nordpol gebe, und daß sich große Länderstrecken dort befänden. Diese Länderstrecken seien zweifellos strategisch von höchstem Wert. Soweit der amerikanische Staatssekretär. Es wäre interessant gewesen, seine Antwort zu vernehmen, wenn ein Kongressmitglied ihn gefragt hätte, gegen welche Macht die Vereinigten Staaten am Nordpol nötigenfalls Krieg zu führen beabsichtigen.

## Neue Nachrichten

### Die verunglückte Zivillisten-Ordnung

Berlin, 27. Jan. Reichsjustizminister Emminger hat nach einer Auseinandersetzung mit den Fraktionsführern des Reichstags auf die Durchführung des Entwurfs der Zivillistenreform, die auf großen Widerspruch gestoßen ist, durch Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verzichtet. Der Entwurf soll nun auf dem Weg der ordentlichen Gesetzesvorlagen zunächst dem Reichsausschuß und dann dem Reichstag unterbreitet werden. Nur für den Fall, daß eine Verständigung mit dem Reichstag nicht zu erzielen sei, soll sich der Minister, nach dem B. L., die Möglichkeit des Rückgriffs auf das Ermächtigungsgesetz vorbehalten haben. — Da das Ermächtigungsgesetz am 15. Februar erlischt, ist die Wahrscheinlichkeit eines „Rückgriffs“ nicht mehr groß. Die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag kann aber wohl als ausgeschlossen gelten.

### Die dritte Steuerordnung

Berlin, 27. Jan. Die Entscheidung über die dritte Steuerordnung, die in den bisherigen Kabinettsitzungen noch nicht über allgemeine Grundlinien hinausgekommen ist, wird voraussichtlich in der Sitzung am nächsten Dienstag fallen. Bis jetzt steht soviel fest, daß die Aufwertung der Hypotheken und Grundschulden nach einem Durchschnitt geregelt werden soll. Die Goldmietsteuer wird wahrscheinlich durch eine allgemeinere „Inflationsteuer“ (Besteuerung des Gewinns aus der Geldentwertung) ersetzt, die weite Teile des durch Geldentwertung entstandenen Vermögenszuwachses erfährt. Es dürfte eine Erhebung von 7—12 Prozent des Geldwertunterschieds in Frage kommen. Der Steuerlag wäre demnach erheblich ermäßigt gegenüber der ursprünglich beabsichtigten Erlassung.

### Die katholische Kirche und die freien Gewerkschaften

Münster, 27. Jan. Das kirchliche Wochenblatt für die Diözese Münster enthält folgende Veröffentlichung: 1. Es ist den Katholiken nicht gestattet, den freien (sozialistischen) Gewerkschaften als Mitglieder beizutreten, einerlei, ob es sich um Gewerkschaften für Arbeiter oder solche für Angestellte oder Beamte handelt. 2. Katholiken, die bereits solchen Gewerkschaften angehören, sind zum Austritt verpflichtet, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben ist, sich in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen Interessen nicht entgegenstehen. 3. Nicht dauernde, aber zeitweilige Verschiebung solchen Austritts (also der Streichung in den Mitgliederlisten) kann gebüht werden, wenn im Einzelfall jene Umstände zu kommen, die im Resp. S. Offiz. vom 19. Januar 1896 genannt sind (wenn der Austritt erfolgt ist, ohne daß man sich von der Erlaubtheit überzeugt hat, oder wenn er Vergernis, schwere Nachteile oder erhebliche Gefahr verhilft). 4. Wenn Katholiken trotz erfolgter Aufklärung und obwohl ihnen der Eintritt in eine andere erlaubte Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, so sind sie zum Sakramentsempfang nicht mehr zugelassen. Mit derselben Festigkeit ist der Lektüre und Verbreitung der sozialistischen und aller kirchenfeindlichen Presse entgegenzutreten. — „Wir haben“, so schließt die Veröffentlichung, „zum Klara das Vertrauen, daß er durch tätige Förderung der katholischen Vereinigungen und der christlichen Gewerkschaften die Sorge für die höhern Güter und für die berechtigten Standesinteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vor aller Welt bekundet.“

### Streifverordnung in Bayern

München, 27. Jan. Der Generalstaatskommissar hat Ausstände und Ausperrungen in Krankenhäusern, Ferienanstalten, landwirtschaftlichen Betrieben, Maschinenfabriken jeder Art, Verkehrsbetrieben, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, sowie die Hemmung der Arbeit dabelst durch eine Verordnung verboten. Hundterhandlungen werden mit Gefängnis und Zuchthaus, und wenn durch den Ausstand das Ableben eines Menschen herbeigeführt wird, mit dem Tod bestraft. Mit den gleichen Strafen wird bestraft, wer Beamte, Angestellte oder Arbeiter wegen ihrer vaterländischen oder politischen Gesinnung und Betätigung oder wegen Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung mißhandelt, bedroht oder wirtschaftlich schädigt. Dem gleichen Schutz unterliegen Angehörige oder in den Hausstand aufgenommene Personen.

### Gegenbewegung in der Pfalz

Speyer, 27. Jan. Nach dem Besuch des englischen Generalkonsuls Clive geht, wie dem B. L. gemeldet wird, eine neue Bewegung durch die Pfalz. In den Ortschaften wird über die „autonome Regierung“ abgestimmt und selbst in der Nordpfalz, der Heimat des „Präsidenten“ Heinz aus Orbis, wird in vielen Orten nicht einmal 1 Prozent der Stimmen für die Sonderbündler abgegeben. Die Bürgermeister von 43 Landgemeinden der Nordpfalz haben die Erklärung abgegeben, daß sie die Sonderbündler-Regierung nicht anerkennen. Die Bürgermeister derjenigen Gemeinden, die die Ergebenheit abgegeben hatten, erklären, daß dies nur unter Zwang geschehen sei, daß sie künftig sich aber auch durch Drohungen nicht mehr zu einer solchen Erklärung bewegen lassen werden.

### Besorgnis um die Frankenvolks — keine Franken nach Deutschland

Koblenz, 27. Jan. Nach „Havas“ hat die Rheinlandskommission im besetzten Gebiet die Erhebung von (deutschen) Steuern in französischen und belgischen Franken und die Ausfuhr von Franken in das unbesetzte Gebiet verboten. An der Grenze abgefakete Frankennoten sollen zugunsten der französischen und belgischen Staatskasse weggenommen werden.





